



Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,
sehr verehrter Kolleginnen und Kollegen,
sehr verehrter Gäste,

das, was ich in den letzten Wochen hier in Pfungstadt erlebt habe, hätte ich mir nicht vorstellen können. Hetze, üble Nachrede, Beleidigungen, Pöbeleien - auf Geheiß der SPD und zumindest der Duldung unseres Bürgermeisters. UBP, FW und CDU werden wie im Mittelalter öffentlich an den Pranger gestellt. Soweit ist das, was wir erleben müssen, von den Pöbeleien, die offenbar auch dem allgemeinen unerzogenen Zeitgeist geschuldet sind, nicht mehr entfernt.

Wie hat das angefangen?

Es kursieren Gerüchte, der Kindergarten Spatzen-
nest wird abgerissen. Nach 35 Jahren. Im FJSSK

haben wir angeregt, den Kindergarten zu besichtigen. Viele kamen und waren erstaunt über die gute Bausubstanz, die guten energetischen Werte. Nicht einmal ansatzweise zog jemand der Anwesenden den Abriss in Erwägung. Die Erzieherinnen haben bei der nächsten Stadtverordnetenversammlung protestiert und den versprochenen Neubau gefordert. „Eine Sanierung im laufenden Betrieb sei ihnen nicht zuzumuten“. Ich kenne den Zustand vieler Schulen - erbarmungswürdig, im Landkreis ist die Situation weit besser als in Darmstadt, aber ich kenne keine Schule, die nicht hochofren ist, wenn endlich saniert wird.

Dann kam der Bericht des Rechnungshofes zu den Kitas. In der ersten Sitzung haben SPD und Grüne mitgeteilt, sie seien abstimmungsbereit. Wir, die UBP, haben vertreten, dass man sich erst mal mit Bericht befassen muss, um zu sehen, ob darin brauchbare und umsetzbare Vorschläge gemacht werden. Die nächste Woge der Empörung: Wir wollen die Standards senken, die Kitagebühren erhöhen u.v.m. wurde behauptet und wortreich beschrieben - von der 1. Stadträtin, von der ständigen Leiterin im Sozialamt, in einer 18 Seitigen Mail des Bürgermeisters. In den Kitas hingen Plakate, die gegen uns gerichtet waren, Briefe an die Eltern, empörte Briefe von den Eltern. Wozu? Wir haben lediglich erklärt, dass wir uns näher mit dem Prüfbericht befassen wollen, zugegeben, eine langweilige Lektüre.

Im FJSSK haben wir entschieden, zu einem interfraktionellen Gespräch einzuladen, gegen das sofort wieder polemisiert wurde. Es waren am Ende 3 Sitzungen konstruktiver Arbeit und es wurden Fragen an den Rechnungshof formuliert. Der Prüfer und der Präsident des Rechnungshofes kamen und haben am 26.1.2017 in einer gemeinsamen

Sitzung des HFW und des FJSSK den Bericht vorgestellt und unsere Fragen weitgehend beantwortet. Alle diese Sitzungen waren konstruktiv und haben uns ein bisschen schlauer gemacht. Die ganze Stimmungsmache vorher war völlig unnötig. Die Zeit, in der man unnötige Berichte und Briefe verfasst hat, hätte man auch für die tägliche Arbeit nutzen können - zum Wohle der Bürger.

In der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung im November wurde der Haushalt vorgelegt, im Dezember, also gerade einmal vier Wochen später, sollte er beschlossen werden. Das war für uns nicht möglich. Wir wollten erst verstehen und dann abstimmen - eine verdammt harte Arbeit, die Tage und viele Stunden in Anspruch genommen hat.

Wir nehmen unseren Wählerauftrag, für mehr Transparenz zu sorgen, ernst. Die Anfeindungen nahmen zu. In immer unerträglicheren Formen. Als dann die 15 Anträge gemeinsam von UBP, CDU und FW vorgelegt wurden, gab es keine Grenze des Anstands mehr. Selbst persönliche und öffentliche Angriffe. Die Verlegung der Ausschusssitzung und jetzt der Stadtverordnetenversammlung in die Sport- und Kulturhalle machte Sinn. Insbesondere wenn man weiß, wer dafür gesorgt hat. Während der Sitzung wurden Buhrufe und Pfeifen etc. zugelassen. Überwiegend von städtischen Mitarbeiter der Verwaltung, der Außenstellen, der Kindergärten und der ehrenamtlichen der Feuerwehr. 80% der Besucher waren städtische Leute. Sie mussten wohl auf Geheiß, zumindest jedoch mit der Duldung, des Bürgermeisters anwesend sein, um gegen die „Zerstörung des Gemeindegewohls“ zu protestieren. Einen Sarg hereinzutragen war sicherlich das i-Tüpfelchen und von Geschmacklosigkeit erster Güte. Hilfreich war in diesem Zusammenhang natürlich die vier stündige

Personalversammlung am gleichen Ort, die zufällig zu Beginn der ersten FJSSK-Sitzung endete. Das dies natürlich zu Lasten und auf Kosten der Bürger ging, scheint selbstredend normal zu sein.

Kaum jemand hat die Anträge - meist Prüfaufträge - gelesen. Kein Antrag hat unmittelbare Folgen für irgendeinen Arbeitsplatz bei der Stadt. Wir, die UBP, haben immer und immer wieder erklärt, dass wir weder Entlassungen anstreben noch Entlassungen zustimmen würden - und trotzdem wurden wir weiter an den Pranger gestellt und beleidigt - in häufig sehr verletzender und ehrabschneidender Weise, wie ich sie für Pfungstadt für undenkbar gehalten habe. Ich weiß gar nicht, ob das durch Entschuldigung je zu heilen ist.

Ich habe dabei gelernt, dass es offenbar sehr schmerzhaft ist, Macht zu verlieren, nicht mehr alles durchwinken zu können, was man vorhat. So, wie man es über Jahrzehnte getan hat. Wie auch immer - für mehr Transparenz sind wir angetreten und gewählt worden und das nehmen wir ernst als Bürger und für die Bürger unserer Stadt.

Da uns immer mangelnde ehrenamtliche Beteiligung vorgeworfen wurde, hier ein paar Beispiele aus meiner ehrenamtlichen Tätigkeit.

- Im Oktober 2015 wurde im Krisenstab jemand gesucht, der Deutsch für die Flüchtlinge im Haus Hessenland macht, am nächsten Tag habe ich damit angefangen, bis im Dezember die "Bildungsheiner" kamen und die Schüler nach Darmstadt holten. Ein Millionenprogramm wurde aufgelegt, einzige Vorgabe, eine Teilnehmerliste - jetzt weiß ich, dass es ein Lehrer aus meiner Nachbarschule war - der den Menschen eine Pizza bezahlt hat und sie aufgefordert hat, sich in die Liste einzutragen.

Unterricht hat so gut wie nicht stattgefunden.

- Ich habe mit 2 Kolleginnen einen Kurs im Pfungstädter Rathaus gegeben. Gleichzeitig haben wir die Zulassung vom BAMF bekommen und angeboten, einen Integrationskurs in Pfungstadt anzubieten. 5 Monate lang wurde uns gesagt, es bestünde vonseiten der Flüchtlinge kein Interesse, "die wollen lieber nach Darmstadt". Seit Oktober unterrichten wir wieder - u.a. Familien mit Kindern - organisiert vom Landkreis. Alle versichern, dass sie wegen der Kinder nicht nach Darmstadt können. Wir machen das gerne, obwohl es viel Kraft kostet, weil wir davon überzeugt sind, dass Integration nur über Spracherwerb überhaupt gelingen kann. Im Februar ist der Kurs zu ende, wir machen weiter, die Teilnehmer sind hochmotiviert und 2/3 werden am Ende die A 1 Prüfung bestehen.

Daher empört es mich zutiefst, wenn mich die Flüchtlingsbeauftragte öffentlich beleidigt und auslacht. Das ist mehr als respektlos. Ich kann Ihnen versichern, wir werden die Arbeit für die Flüchtlinge fortsetzen, ob mit oder ohne die Unterstützung der Stadt.

- Seit 15 Jahren bin ich Vorsitzende des Arbeitskreises ehemalige Synagoge in Pfungstadt. Mehr als 150 Veranstaltungen haben wir organisiert und nie einen Cent städt. Vereinsförderungen erhalten. Anderen Vereinen geht es da wohl ein bisschen besser. Nichts ist transparent. Zu den Ge-

denkveranstaltungen laden wir zusammen mit der Stadt ein. Zur gleichen Zeit findet eine Ausschusssitzung statt.

Auch bei der Verlegung der Stolpersteine bekommen wir wenig Unterstützung, mit Ausnahme des Bauhofs, der da großartig gearbeitet hat und dem ich deshalb ausdrücklich danken möchte.

Nicht mal ein Eckchen bekommen wir in der Synagoge, um eine Bücherkiste zu deponieren, geschweige denn einen Schlüssel. Wenn ich Schulklasse führe, soll ich für die Synagoge zahlen. Das sieht in anderen Städten völlig anders aus.

- Seit 18 Jahren arbeite ich im Bürgerforum Agenda 21 mit. Der ehemalige Bürgermeister hat irgendwann einmal behauptet, die gäbe es nicht mehr - obwohl jeden Monat die Protokolle an ihn gegangen sind. Anträge zum Erhalt der Agenda werden von der Stadtverordnetenversammlung vertagt, in den Ausschuss verwiesen, dann von der Tagesordnung abgesetzt. Was befürchtet man? Den engagierten Bürger, der sich nicht gängeln lässt oder der HGO unterliegt?

Mein persönliches Fazit:

Bitte denken Sie daran, dass wir weiter im Parlament sind und im Interesse der Bürger arbeiten sollten, statt zu polarisieren. Vielleicht gibt es dann auch wieder andere Mehrheiten, zumindest ist das wahrscheinlicher, wenn man sich um die Sache bemüht und sich mit Respekt begegnet.

Ich danke, dass Sie mir zugehört haben.